

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 19. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 19. Januar 2012

1. Abgeordnete

**Kathrin Anklam-Trapp
und
Peter Wilhelm Dröscher
(SPD)**

Krankenpflegeausbildung

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, nur Kandidatinnen und Kandidaten für Ausbildungsgänge der Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, Hebammen und Entbindungspfleger zuzulassen, die eine allgemeine Schulausbildung von mindestens zwölf Jahren absolviert haben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung diesen Vorschlag vor dem Hintergrund gestiegener beruflicher Anforderungen für Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger sowie Hebammen und Entbindungspfleger?
2. Welche Auswirkungen sind damit angesichts der Fachkräfteproblematik in Rheinland-Pfalz zu erwarten?
3. Welche Anstrengungen werden seitens des Landes unternommen, dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen?

2. Abgeordnete

**Christian Baldauf und
Christine Schneider
(CDU)**

Rückschlag für Forschungsstandort Rheinland-Pfalz durch Ende der grünen Gentechnik in Limburgerhof

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Ankündigung der BASF zur Konzentration der BASF-Pflanzenbiotechnologie-Aktivitäten auf Hauptmärkte in Nord- und Südamerika?
2. Worin sieht sie die Ursachen vor dem Hintergrund der von der BASF angeführten unvorteilhaften Bedingungen für den hiesigen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen?
3. Welches sind die Folgen für Wertschöpfung und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz?
4. Welche politischen Konsequenzen will die Landesregierung daraus ziehen?

3. Abgeordnete

**Anna Neuhof
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Solidarpakte Wind im Wald

Der Ausbau der Windenergie im Wald ist ein wesentlicher Teil zur Umsetzung der Energiewende.

Für die Kommunen im Land ergeben sich daraus neue Chancen der Beteiligung, es stellt diese aber auch vor neue Aufgaben.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit der Anregung von Solidarpakten für die Nutzung der Windkraft in Waldgebieten?
2. In welcher Weise arbeitet sie dabei mit der kommunalen Ebene zusammen?
3. Wie will sich die Landesregierung in diese Solidarpakte einbringen?
4. Welche Auswirkungen auf den Ausbau der Windkraft im Wald werden dadurch erwartet?

4. Abgeordnete
Alexander Licht und
Hans-Josef Bracht (CDU)

Unterschiedliche Berichte zu den Finanzströmen im Nürburgringprojekt

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Mittel von Seiten des Landes sind im Jahr 2011 mit welcher Verwendung an welchen Empfänger im Rahmen des Nürburgringprojekts geflossen?
2. Welche Konditionen (beispielsweise zinslose Darlehen) wurden dabei wem und durch welche Stelle eingeräumt?
3. Welche Gremien der Landesregierung bzw. des Parlaments wurden dabei wann in welcher Form beteiligt?
4. Welche Mittel sind im Jahr 2012 bzw. 2013 im Nürburgringprojekt eingeplant?

5. Abgeordnete
Bettina Brück und
Ulla Brede-Hoffmann
(SPD)

Konsequenzen aus OLG-Urteil nach Freispruch eines Lehrers vom Vorwurf des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen

Das Oberlandesgericht Koblenz hat in einem unlängst ergangenen Urteil einen Lehrer vom Vorwurf des Missbrauchs von Schutzbefohlenen freigesprochen. Wesentlicher Grund hierfür war, dass nach Auffassung des Gerichts Schülerinnen und Schüler nur dann einer Lehrkraft zur Bildung und Erziehung anvertraut sind, wenn zwischen Lehrkraft und Schülerin oder Schüler ein sogenanntes Obhutsverhältnis besteht. Ein solches könne im vorliegenden Falle nicht angenommen werden, weil der betreffende Lehrer die Schülerin nur insgesamt dreimal vertretungsweise unterrichtet hat. Diese Entscheidung ist rechtskräftig.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung mit dieser Entscheidung gerechnet?
2. Welche Rolle spielt rheinland-pfälzisches Landesrecht, insbesondere das Schulgesetz, für die Entscheidung des Oberlandesgerichts?
3. Bestehen nach dem Freispruch noch weitere Handlungsoptionen für das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, den Lehrer zur Verantwortung zu ziehen?

6. Abgeordneter
Arnold Schmitt (CDU)

Haltung der Landesregierung zur Arbeit des Parlaments

Ich frage die Landesregierung:

1. Die Umweltministerin hat jetzt einen Besuchs- und Gesprächswunsch von Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion im Staatsweingut Bad Kreuznach abgewiesen. Dürfen Abgeordnete nach Meinung der Landesregierung Landeseinrichtungen nur dann besuchen, wenn es politisch genehm ist?
2. Behörden des Landes haben Mitglieder des Parlaments bei der Ausübung ihrer Mandate zu unterstützen. Gilt das nach Meinung der Landesregierung für nicht den Regierungsfractionen angehörende Abgeordnete nicht?
3. Die Umweltministerin hat die Ablehnung des Besuchs und des Gesprächs im Staatsweingut Bad Kreuznach damit begründet, dass derzeit erst ein Konzept zur Umstellung auf ein Ökoweingut erstellt wird und dieses noch nicht vorliegt. Wie plausibel ist diese Begründung vor dem Hintergrund, dass das Staatsweingut Bad Kreuznach vermutlich nach der Ernte im Herbst 2012 auf ökologische Bewirtschaftungsweise umgestellt werden soll?

- 7. Abgeordnete**
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Stand der Umsetzung des barrierefreien Ausbaus von Bahnhöfen in Rheinland-Pfalz**
- Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Barrierefreiheit in allen Bereichen voranzutreiben. Der hierzu angestrebte Weg in eine „inklusive Gesellschaft“ bedeutet für den Bereich Mobilität einen barrierefreien Zugang zum umweltschonenden öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Insbesondere der Zugang zu den Bahnhöfen und Haltepunkten als Schnittstellen des ÖPNV muss für Menschen mit Behinderung, Ältere sowie Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, aber auch für Eltern mit Kinderwagen uneingeschränkt gewährleistet sein, damit alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Vor dem Hintergrund der barrierefreien Erreichbarkeit von Bahnhöfen in Rheinland-Pfalz frage ich die Landesregierung:
1. Wie viele Bahnhöfe und Haltepunkte existieren in Rheinland-Pfalz? Wie viele davon sind nach Kenntnis der Landesregierung barrierefrei erreichbar?
 2. Welche Maßnahmen an wie vielen Bahnhöfen/Haltepunkten sind nach derzeitigem Kenntnisstand der Landesregierung für die Jahre 2012/2013 geplant, um die Barrierefreiheit zu erweitern?
 3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um die barrierefreie Nutzung von Bahnhöfen zu forcieren?
- 8. Abgeordnete**
Michael Hüttner und
Hans Jürgen Noss (SPD)
- Kundgebungen von Rechtsextremisten in Worms, Ludwigshafen und Frankenthal**
- Am 7. Januar 2012 kam es zu Kundgebungen von Rechtsextremisten in Worms, Ludwigshafen und Frankenthal. Es wurden jeweils auch Gegenveranstaltungen durchgeführt. Nach den vorliegenden Presseberichten konnte die Polizei gewaltsame Auseinandersetzungen durch ihre Einsatztaktik verhindern. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wie beurteilt die Landesregierung den Verlauf der Kundgebungen von Rechtsextremisten in Worms, Ludwigshafen und Frankenthal am 7. Januar 2012?
 2. Wie haben sich die eingesetzten Polizeieinheiten konzeptionell auf die Kundgebungen vorbereitet und ist die vorgesehene Einsatzkonzeption erfolgreich durchgeführt worden?
 3. Wie geht die rheinland-pfälzische Polizei generell mit Veranstaltungen aus dem rechtsextremistischen Spektrum um?
- 9. Abgeordnete**
Christian Baldauf und
Alexander Licht (CDU)
- Landesmittel für Formel-1-Rennen auf dem Nürburgring**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. In welcher Höhe wurden Landesmittel für die Veranstaltung der letzten drei Formel-1-Rennen auf dem Nürburgring jeweils aufgewendet?
 2. Wie beurteilt die Landesregierung grundsätzlich einen zukünftigen Einsatz von Landesmitteln zur Veranstaltung von Formel-1-Rennen auf dem Nürburgring?
 3. Welche maximale Höhe für den Einsatz von Landesmitteln für künftige Formel-1-Rennen auf dem Nürburgring hält die Landesregierung für vertretbar?
 4. Welche Höhe des Einsatzes von staatlichen Mitteln zur Veranstaltung von Formel-1-Rennen auf Rennstrecken in Deutschland und den Nachbarländern, Europa und in anderen Erdteilen ist der Landesregierung bekannt?

10. Abgeordneter
Martin Brandl (CDU)

Mehrfache Verschiebung der Mediation zur Geothermie

Nach Pressemeldungen wurde der Termin für die Abschlussitzung der Mediation zur Geothermie mehrfach verschoben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern sieht die Landesregierung durch die aktuellen Entwicklungen einen erfolgreichen Abschluss der Mediation gefährdet?
2. Inwiefern bleibt die Mediation seitens der Landesregierung ergebnisoffen, trotz der Festlegungen der Landesregierung auf einen angeblichen „politischen Paradigmenwechsel“ bei der Geothermie?
3. Inwiefern bleibt es bei der Aussage von Wirtschaftsministerin Lemke, dass der Energieanteil der Geothermie an den regenerativen Energien durch die bestehende Anlage in Landau und die sich abzeichnenden Anlagen erbracht werde?
4. Welche zu errichtenden neuen Geothermieanlagen zeichnen sich nach Meinung der Landesregierung ab?

11. Abgeordnete
Kathrin Anklam-Trapp
und Dr. Tanja Machalet
(SPD)

Neue Form von Lohndumping – Missbrauch von Werkverträgen verhindern

Im Wandel der Erwerbsformen hin zu immer mehr atypischer und zunehmend auch prekärer Beschäftigung befindet sich ein neues Billiglohnmodell auf dem Vormarsch. Unternehmen setzen zur Umgehung von tariflich und arbeitsrechtlich abgesicherten Arbeitsverhältnissen verstärkt auf die Verlagerung des Kerngeschäfts auf den Einsatz von Werkverträgen. Damit kommt es zu verdeckter Leiharbeit und Scheinwerkverträgen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung?
2. Welche Folgen ergeben sich für die von Werkverträgen betroffenen Menschen und für die Belegschaften?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, der Zunahme von missbräuchlichen Werkverträgen und Lohndumping auch in Rheinland-Pfalz entgegenzuwirken?

12. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler
und Dietmar Johnen
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anteilsverkauf der Flugplatz Bitburg GmbH an einen potenziellen Investor

Der Verkehrslandeplatz Bitburg steht hinsichtlich einer potenziellen Übernahme durch einen privaten Investor in der öffentlichen Diskussion. Seit 2009 ist Herr Frank Lamparski mit 40,53 Prozent größter Gesellschafter der Flugplatz Bitburg GmbH. Kommunale Anteilseigner sind die Stadt Bitburg und der Eifelkreis Bitburg-Prüm.

Auf dem Verkehrslandeplatz ist von privater Seite ein internationaler Verkehrsflughafen „Bit-Airport“, ein ca. 400 Millionen Euro teures Projekt, geplant. Die Voraussetzungen für Fracht- und Passagierflugverkehr in großem Stile sollen dort in den nächsten drei bis fünf Jahren umgesetzt werden. Nach ungeprüften Aussagen des Aufsichtsratsvorsitzenden der Flugplatz Bitburg GmbH steht ein Geldgeber aus dem asiatischen Raum für die erforderlichen Investitionen bereit.

Nach dem rot-grünen Koalitionsvertrag halten beide Regierungspartner „die geplante Entwicklung des Flughafens Bitburg für wirtschafts- und verkehrspolitisch nicht vertretbar und werden entsprechende Planungen nicht unterstützen“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Kenntnisstand der Landesregierung zu einer möglichen Übernahme des Verkehrslandeplatzes Bitburg?
2. Ist die Landesregierung in den letzten Wochen offiziell von Herrn Lamparski oder seiner Entwicklungsgruppe über die aktuellen Pläne für den Bit-Airport unterrichtet worden?
3. Wie ist der Stand des Genehmigungsverfahrens bezüglich der Instrumentenfluggenehmigung?
4. Wie steht die Landesregierung zur Ausweitung der Zahl weiterer regionaler Verkehrslandeplätze bzw. Regionalflughäfen in Rheinland-Pfalz?

- 13. Abgeordneter**
Dr. Peter Enders (CDU)
- Ärztestreiks an Krankenhäusern**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Welche rheinland-pfälzischen Krankenhäuser können von den angekündigten Ärztestreiks betroffen sein?
 2. Wie bewertet die Landesregierung die erhobenen Forderungen für die Ärzte an den kommunalen Kliniken?
 3. Wie bewertet die Landesregierung demgegenüber die finanzielle Situation der kommunalen Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz?
 4. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung von den angekündigten Streiks für die Patientenversorgung in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern?
- 14. Abgeordnete**
Hans Jürgen Noss und
Carsten Pörksen (SPD)
- Entwicklung der Feuerwehrförderung**
- Zur Einhaltung der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse muss in allen Bereichen ein Konsolidierungsbeitrag erbracht werden. Dazu soll die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer in der Höhe begrenzt und nur für diesen Doppelhaushalt teilweise und zeitlich begrenzt ausgesetzt werden. Zur Versachlichung der Diskussion könnte eine gesicherte Grundlage an Daten über die Entwicklung der Feuerwehrförderung beitragen.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wie stellt sich die Höhe der Fördermittel in den vergangenen zehn Jahren, die den Feuerwehren im Lande zugekommen sind, dar?
 2. Wie hat sich das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer als einem Teil der Zuwendungen aus Frage 1 in den vergangenen Jahren entwickelt?
 3. Welche Entwicklung der Fördermittel ist angesichts der verfügbaren Prognosen aus der Feuerschutzsteuer für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 zu erwarten?
 4. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren getroffen, um die Feuerwehrstrukturen zukunftsfähig zu erhalten und bei Beibehaltung der Sicherheitsstandards Einsparpotenziale zu erschließen?
- 15. Abgeordnete**
Thomas Wansch und
Frank Puchtler (SPD)
- Fusion von Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) und Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH)**
- Mit Beginn dieses Jahres sind ISB und LTH unter dem Namen der ISB zur einheitlichen Förderbank des Landes Rheinland-Pfalz fusioniert worden.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche Verbesserungen sind durch die Fusion bei der Bewältigung der Hauptaufgaben zu erwarten, die die beiden Banken bislang zu erledigen hatten?
 2. Wie stellen sich die Refinanzierungsbedingungen der neuen ISB an den Kreditmärkten nach der Fusion dar?
 3. Welche Auswirkungen hat die Fusion auf den Landeshaushalt?
 4. Welche Auswirkungen hat die Fusion auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Zahl und Qualität der Arbeitsplätze der bisherigen beiden Banken?
- 16. Abgeordneter**
Alexander Licht (CDU)
- Beschwerde der neuen Dorint GmbH gegen Vergabepaxis am Nürburgring**
- Laut einem Medienbericht (Spiegel vom 8. Januar 2012) hat die Dorint-Hotelgruppe gegen die Vergabe und die Geschäftspraxis am Nürburgring Beschwerde beim Bundeskartellamt eingereicht.
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie bewertet die Landesregierung die in den Medienberichten zitierten Beschwerdeinhalte (Koppelgeschäfte, intransparente Vergabe des Betriebs, Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung etc.)?
 2. Wie ist der Sachstand der Überprüfung des Projekts durch das Landeskartellamt?
 3. Ist die Landesregierung auch vor dem Hintergrund dieser neuen Entwicklung sowie unter Einbezug der fachlichen Stellungnahmen zum Vergaberecht der Anwaltskanzlei Redeker noch der Auffassung, dass sie alle vergaberechtlichen Vorgaben eingehalten hat?
 4. Welche Teile der sich in der Auseinandersetzung befindenden Pachtverträge zwischen der Nürburgring GmbH und der NAG würden überhaupt bzw. grundsätzlich und im Speziellen durch ein erfolgreiches Beschwerdeverfahren tangiert?

17. Abgeordnete
Marcel Hürter und
Barbara Schleicher-
Rothmund (SPD)

Biologiestudium ohne Sezieren

Medienberichten zufolge besteht im Biologiestudium an der Johannes Gutenberg-Universität ab dem Sommersemester 2012 keine Verpflichtung mehr, Tiere zu sezieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung bekannt, welche alternativen Methoden für die Sezierung Studierende der Biologie an der Universität Mainz derzeit wählen können?
2. Werden nach Kenntnis der Landesregierung zusätzliche alternative Methoden erprobt bzw. vorbereitet?
3. Wird die Befreiung von der Sezierungspflicht in einer Ordnung der Universität verankert und ggf. wie?
4. Wie wird gewährleistet, dass Studierende z. B. bei einem Wechsel der Hochschule keine Nachteile erleiden?